



Favoriten + Drucken Schliessen



Lokales

Mehrheit für Haushalt zeichnet sich ab

Entscheidung: In der heutigen Ratssitzung soll das Budget für 2016 genehmigt werden. SPD und CDU legen einen Kompromiss vor. Von den kleineren Parteien gibt es größtenteils Ablehnung

Von Jana Beckmann

Detmold. Noch vor wenigen Wochen hat es düster ausgesehen: Detmold drohte die Haushaltssicherung. Nachdem Steuern und andere Einnahmen erhöht und Ausgaben gekürzt worden sind, fällt das Minus nur noch minimal aus. In der heutigen Ratssitzung soll der Etat verabschiedet werden.

SPD und CDU, die mit ihrer Anzahl an Sitzen einen mehrheitlichen Beschluss herbeiführen können, haben ein Kompromiss-Paket geschnürt. "Es war das Ziel des Kämmers und der Politik, die Verwaltung und auch die Bürger an der Konsolidierung zu beteiligen", erklärt Harald Matz (SPD). Einige Punkte seien zunächst strittig gewesen. In Gesprächen, die die Sozialdemokraten nach eigenen Angaben mit allen Fraktionen geführt haben, habe sich eine Einigung mit der CDU ergeben.

So sollen etwa die Zuschüsse für Sommerbühne, Jugendkultur und kinderreiche Familien in Notsituationen erhalten bleiben, aber reduziert werden. Die Gelder für die Fraktionen sollen sinken, der Zuschuss für die Flüchtlingshilfe entfallen. Zudem soll laut Jörg Thelaner (CDU) mit dem Wegfall der Baumschutzsatzung Personal für andere Dinge frei werden.

Die Grünen und die Freien Wähler wollen dem Gesamthaushalt nicht zustimmen - lediglich der Anhebung der Steuern und Gebühren. "Wir brauchen einen ausgeglichenen Haushalt und damit auch die Erhöhungen", betont Walter Neuling (Grüne). Den Rest lehne seine Fraktion jedoch ab, insbesondere aufgrund des defizitären Parkhaus-Projektes am Finanzamt. Rüdiger Krentz (Freie Wähler) stören unter anderem die Ausgaben für die Stadthalle, den Beigeordneten und die Ruhestands-Boni für Wahlbeamte.

Thomas Trappmann (FDP) kritisiert die starken Erhöhungen bei Grund- und Gewerbesteuer bei gleichzeitig wenigen Einsparungen. "Wir sehen nicht, dass die großen Parteien zu deutlichen Einschnitten bereit sind", so der Fraktionschef. Die Linke kritisiert Kürzungen nach der Rasenmäher-Methode. Werde überall gespart, treffe dies besonders die Armen.

Die öffentliche Ratssitzung beginnt um 17 Uhr in der Stadthalle.

Mehrheit für Haushalt zeichnet sich ab

Entscheidung: In der heutigen Ratssitzung soll das Budget für 2016 genehmigt werden. SPD und CDU legen einen Kompromiss vor. Von den kleineren Parteien gibt es größtenteils Ablehnung

VON JANA BECKMANN

Detmold. Noch vor wenigen Wochen hat es düster ausgesehen: Detmold drohte die Haushaltssicherung. Nachdem Steuern und andere Einnahmen erhöht und Ausgaben gekürzt worden sind, fällt das Minus nur noch minimal aus. In der heutigen Ratssitzung soll der Etat verabschiedet werden.

SPD und CDU, die mit ihrer Anzahl an Sitzen einen mehrheitlichen Beschluss herbei-

führen können, haben ein Kompromiss-Paket geschnürt. „Es war das Ziel des Kämmers und der Politik, die Verwaltung und auch die Bürger an der Konsolidierung zu beteiligen“, erklärt Harald Matz (SPD). Einige Punkte seien zunächst strittig gewesen. In Gesprächen, die die Sozialdemokraten nach eigenen Angaben mit allen Fraktionen geführt haben, habe sich eine Einigung mit der CDU ergeben.

So sollen etwa die Zuschüsse

für Sommerbühne, Jugendkultur und kinderreiche Familien in Notsituationen erhalten bleiben, aber reduziert werden. Die Gelder für die Fraktionen sollen sinken, der Zuschuss für die Flüchtlingshilfe entfallen. Zudem soll laut Jörg Thelaner (CDU) mit dem Wegfall der Baumschutzsatzung Personal für andere Dinge frei werden.

Die Grünen und die Freien Wähler wollen dem Gesamthaushalt nicht zustimmen - lediglich der Anhebung der

Steuern und Gebühren. „Wir brauchen einen ausgeglichenen Haushalt und damit auch die Erhöhungen“, betont Walter Neuling (Grüne). Den Rest lehne seine Fraktion jedoch ab, insbesondere aufgrund des defizitären Parkhaus-Projektes am Finanzamt. Rüdiger Krentz (Freie Wähler) stören unter anderem die Ausgaben für die Stadthalle, den Beigeordneten und die Ruhestands-Boni für Wahlbeamte.

Thomas Trappmann (FDP)

kritisiert die starken Erhöhungen bei Grund- und Gewerbesteuer bei gleichzeitig wenigen Einsparungen. „Wir sehen nicht, dass die großen Parteien zu deutlichen Einschnitten bereit sind“, so der Fraktionschef. Die Linke kritisiert Kürzungen nach der Rasenmäher-Methode. Werde überall gespart, treffe dies besonders die Armen.

Die öffentliche Ratssitzung beginnt um 17 Uhr in der Stadthalle.